

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur**

Band (Jahr): **8 (1928-1929)**

Heft 2

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

neten staatlicher Verhältnisse. Das sind Aussichten, die uns erschrecken können. Was dagegen getan werden kann, will ich nicht weiter erörtern. Ich wollte nur auf die Gefahren aufmerksam machen, die uns drohen, und an deren Erkenntnis es noch in weiten Kreisen zu fehlen scheint. Ist man sich einmal darüber klar, so kann man auch über die Gegenmittel reden. Einstweilen haben wir nur das Kino, das wir verdienen und in dem unser eigener unruhiger, sensationslüsterner, proziger, eitler und unreiner Kinogeist auf die Flimmerwand geworfen wird. Verlangen wir Besseres, so werden wir auch Besseres sehen.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

„Mißstimmungen aus der Kriegszeit“. — Bankrott der Parteipolitik. — Der Rückweg zur Politik.

Mit den Worten „Mißstimmungen aus der Kriegszeit“ (N. Z. Z.), „neues Wesen der Nachkriegszeit“, „Umstellung der Geister“ (Vaterland) bezeichnet man in der deutschen Schweiz die unleugbare Tatsache einer veränderten Einstellung des Großteils der tonangebenden Welschschweizer zum schweizerischen Staat seit dem Weltkrieg. Von Welschschweizern selbst ist bei Anlaß der Behandlung der Vorlage für das neue Strafgesetzbuch im Nationalrat vom März d. J. diese Tatsache so gekennzeichnet worden: „Das waadtländische Volk hat 1898 mit 17,000 gegen 2000 Stimmen der Rechtsvereinheitlichung zugestimmt. Heute wäre seine Meinung eine wesentlich andere. Es mißtraut heute allem, was ihm der Gesetzgeber von Bern aus vorlegt“ (Ballotton, Waadt, radikal). „Die Strafrechtsvereinheitlichung ist eine Gefahr für die Zukunft des Landes. Unser Land ist mannigfaltig geschaffen worden. Es ist gar nicht nötig, den Kantonen einen Teil ihrer Souveränität und ihrer Freiheit zu rauben“ (De Meuron, Waadt, liberal). Ober-Chefredaktor Georges Rigassi hat in der „Gazette de Lausanne“ beim gleichen Anlaß geschrieben: „Während der dreißig oder vierzig Jahre seit 1898 hat die eidgenössische Politik ihre Richtung vollständig geändert. Die zentralistische und vereinheitlichende Bewegung hat heute nicht mehr die Freiheit zum Ziele, sondern die Macht, eine immer größere Macht. . . Die Zentralisation hat aufgehört, liberal zu sein und ist zentralistisch geworden. Heute kann man unmöglich mehr zugleich liberal und zentralistisch sein“; oder in einem anderen Artikel: „Ein schweizerisches Strafgesetzbuch bringt den Zwang der Mehrheit, und seine Einführung wird unvermeidlicherweise zur Folge haben, daß die welsche Minderheit vor der deutschen Mehrheit — und vielleicht auch die katholische Minderheit vor der protestantischen Mehrheit — abdanken muß.“

Vor dreißig Jahren empfand man in der Waadt in dieser Hinsicht wesentlich anders. So befürwortete 1898 der Waadtländer Boiceau, ebenfalls Liberaler, die Rechtsvereinheitlichung mit den Worten: „Die Vereinheitlichung des Rechts ist eine Notwendigkeit, die sich wegen der Mehrheit der Rassen, der Sprachen und der Religionen unseres Volkes aufdrängt. Um das Nationalgefühl im Volke zu festigen, gibt es kein stärkeres Mittel als die Vereinheitlichung des Rechts.“ Damit ist wohl der wesentliche Unterschied von vor dreißig Jahren und heute aufgezeigt. Damals strebte man

auch in der welschen Schweiz (auch Genf wies 7100 annehmende und nur 1500 verwerfende Stimmen auf) die Rechtsvereinheitlichung an, gerade weil man darin u. a. ein Mittel sah, die Unterschiede der Rassen, Sprachen und Religionen im staatlich-rechtlichen Zusammenleben zu überwinden. „Es gibt zur Festigung des Nationalgefühls im Volk kein stärkeres Mittel als die Vereinheitlichung des Rechts,“ hieß es da. Heute sieht man in der Rechtsvereinheitlichung eine Gefahr für die Zukunft des Landes (de Meuron); sie ist für uns der Keim zur Trennung (Perrier); sie bedeutet eine Abdankung der welschen Minderheit vor der deutschen Mehrheit (Rigassi). Das ist eben der springende Punkt: vor dreißig Jahren wollte man in erster Linie das gemeinsame Vaterland. Heute denkt man zuallererst daran, daß man W e l s c h s c h w e i z e r ist, Zugehöriger des französischen Sprach- und Kulturbereichs. „Es gibt sicherlich nur wenige W a a d t l ä n d e r, nur wenige W e l s c h s c h w e i z e r, die nicht instinktmäßig die gewaltige Tragweite der Frage ermessen, die mit der Rechtsvereinheitlichung gestellt ist“ (Rigassi). Was man früher als Förderung und Stärkung des eidgenössischen Staatsgefühls begrüßte und befürwortete, wird heute als Anschlag auf die Sonderart der sprachlich-kulturellen Minderheit dargestellt. „Der Grundgedanke der Anhänger dieser neuen Vereinheitlichung ist der, unsere Sitten und Anschauungen dadurch zu ändern, daß sie uns die ihrigen auferlegen. Sie folgen unbewußt einem Geist der Nachahmung. Sie stellen fest, daß Deutschland ein einheitliches Strafgesetzbuch besitzt. Aber was vielleicht gut ist für ein großes Land, ist es nicht notwendigerweise auch für ein kleines“ (Pierre Grellet in der „Gazette de Lausanne“).

Die Schöpfer des neuen Strafrechts, die ja nur ausführen, was das Volk vor dreißig Jahren mit 267,000 Ja gegen 102,000 Nein und 16½ gegen 5½ Kantonen bereits beschloß, werden sich dafür bedanken, mit ihrer Arbeit nur fremder Anregung und fremdem Vorbild gefolgt zu sein. Sie werden sich aber auch dagegen verwahren, daß als Grundgedanke dabei sie die Vergewaltigung einzelner Landesteile geleitet habe. Es haben am vorliegenden Entwurf gleicherweise Vertreter aller Landesteile mitgearbeitet. Im übrigen müssen alle ein gewisses Opfer bringen, wenn es zu einem gemeinsamen Werk kommen soll. Aber dieser Wille zum Gemeinsamen ist eben heute da und dort, wenn auch nicht ganz verschwunden, so doch nur noch in bedingtem Maß vorhanden. Man bejaht den Gesamtstaat nur noch, sofern er für die Erhaltung und Entfaltung der nationalen Sonderart kein Hindernis ist. Was praktisch fast auf seine Verneinung hinausläuft.

Chefredaktor Rigassi behauptet, das Ziel der eidgenössischen Politik sei heute nicht mehr wie vor dreißig Jahren, die Freiheit, sondern die Macht. Wenn das heißen soll, daß heute die deutsche „Mehrheit“ über die romanische „Minderheit“ Machtansprüche zu erheben versuche, so ist das vollständig falsch. Nationale Mehrheit und Minderheit sind Begriffe, die man bei uns in der deutschen Schweiz bis heute in Bezug auf unsern eigenen Staat überhaupt gar nicht kannte. Ebenjowenig denkt man bei uns in sprachlich-kulturellen Dingen irgendwie machtmäßig. Man bringt es ja im Gegenteil in dieser Hinsicht oft nicht auf das bescheidenste und notwendige Maß von Selbstbewußtsein. Sicher aber ist, daß der Deutschschweizer sich in der eidgenössischen Politik immer nur von dem Gedanken an den Staat, an das Gesamtvaterland leiten läßt. Er hat in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten genügend Proben dafür abgelegt. Seine Opfer und der Verzicht, sich als D e u t s c h s c h w e i z e r zur Geltung zu bringen, gingen dabei wohl gelegentlich weiter, als — im Gesamtinteresse — angebracht war. Denn, was Leute wie Grellet und Rigassi den Deutschschweizern vorwerfen, das ist bei ihnen und bei manchen ihrer engeren Landsleute selbst vorhanden: s p r a c h l i c h - k u l t u r e l l e r M a c h t w i l l e. Und eben dadurch kommt ein — am bisherigen Zustand gemessen — u n s a c h l i c h e r Beweggrund in die eidgenössische Politik hinein, dessen unheilvolle Wirkung nur dann auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden kann, wenn er auch in der deutschen Schweiz richtig als solcher erkannt wird.

* * *

Etwas anderes ist es, wenn Rigassi bei seiner Behauptung, in der eidgenössischen Politik spiele nicht mehr die Freiheit, sondern die Macht die Hauptrolle, vorwiegend an die politischen Parteien denkt. Auch das Mißtrauen gegen alles, was von Bern kommt, von dem Ballotton spricht, gehört dann in dieses Kapitel. Es handelt sich hier dann eben um die große Veränderung, die unsere parteipolitischen Verhältnisse seit dreißig Jahren erlitten haben. Vor dreißig Jahren gab der Stimmbürger seine Stimme der Regierungspartei oder der Oppositionspartei. Gab er sie der Regierungspartei, dann wußte er, daß diese eine sachliche, auf das Gesamtwohl gerichtete und alle Einzelteile gerecht berücksichtigende Politik verfolgen mußte und — konnte! Letzteres, weil sie jederzeit über die absolute Mehrheit verfügte, um ihren Willen durchzusetzen. Heute stehen sich Arbeiter, Bauer, freisinniger Bürger und Katholik in vier gesonderten Gruppen gegenüber. Dazu kommt noch der von den Gesichtspunkten einer nationalen Minderheit geleitete welsche Föderalismus. Das hat zur Folge, daß bei aller neuen Gesetzgebung viel weniger mehr die Sache, als die Taktik den Ausschlag gibt. Die Regierung muß die Zustimmung der Parteien zu ihren Vorlagen durch irgendwelche Zugeständnisse, die nichts oder nur wenig mit der Sache zu tun haben, erkaufen. Das Ende ist ein Kompromißcharakter der neuen Gesetze und Verfassungsbestimmungen, der niemand befriedigen kann und gegen den das Volk sich dann oft durch eine blinde Verneinungswut zur Wehr setzt.

Andererseits sind auch die Wahlen etwas, was dem Stimmbürger immer mehr Abneigung einflößt. Der Aufwand für sie wird immer größer, immer amerikanischer, und gleichzeitig werden sie selbst immer inhaltsleerer. Auch der Wahlkampf geht nicht mehr um eine Sache, sondern lediglich noch um Taktik. Ein Vertreter mehr oder weniger in diese oder jene Behörde, darum wird mit einer Erbitterung gerungen, die einer besseren Sache wert wäre. Darum auch stets die Ernüchterung nach dem Wahltag. Es bleibt so oder so alles beim Alten. Hat die sog. revolutionäre Partei „gesiegt“, dann muß sie krampfhaft eine möglichst „bürgerliche“ Linie einhalten, um bei der nächsten Wahl nicht wieder um ihren Gewinn zu kommen. War der „staatserhaltende“ Block siegreich, dann hält er drei Jahre lang möglichst Linkskurs, um nicht im nächsten Volksurteil um seine Stellung zu kommen. Darum geben immer weitere Volksschichten und Berufsgruppen, die an ihrem eigenen Wohl- oder Schlechtergehen, nicht aber an dem inhaltsleer gewordenen Streit der Parteien interessiert sind, ihre Stimme einem Vertreter ihres Berufsstandes, nicht aber einem solchen einer „politischen“ Partei. Man nennt das Verwirtschafterung der Politik. Man könnte es aber ebensogut Wiederverinhaltlichung der Politik nennen. Zugegeben allerdings, daß in dem Augenblick, in dem eine Volksvertretung rein nach berufsständischen Gesichtspunkten gewählt wird, die Zahl und mit ihr das Parlament ihren Sinn verlieren. Denn die Mehrheit hätte in einer solchen „Volksvertretung“ dann einfach die Vertretung derjenigen Beschäftigungsart, der, zufolge der volkswirtschaftlichen Verhältnisse des betreffenden Landes, am meisten Stimmbürger nachgehen. So würde also irgend eine Berufsschicht über alle andern Berufe herrschen und die Politik nur nach ihren eigenen Standesinteressen bestimmen. Die Sozialdemokratie hat bekanntlich lange dazu geneigt, die Standesinteressen der Industriearbeiterschaft mit dem Staats- und Volkswohl überhaupt gleichzusetzen. Trotzdem sehen wir heute den Stimmbürger immer mehr diesen Weg der Standesinteressenvertretung gehen. Und das ist auch das gescheiteste, was er noch tun kann. Er lernt so am ehesten wieder für eine Sache, und nicht bloß mehr für Phrasen und Schlagworte kämpfen und einstecken.

* * *

Allerdings ist das im besten Fall ein Anfang, aber noch lange nicht der Wiederaufbau unserer auf den Hund geratenen Politik. Wie soll man sich denn diesen denken? Es gibt dafür kein alleinseligmachendes Rezept. Denken wir aber etwa an die Zeit vor hundert Jahren, wo eine kleine Schicht politisch ehrgeiziger, Beruf und Stellung suchender Leute sich an die Spitze der breiten

Volkschichten stellten, die von einer liberalen Umgestaltung der bisherigen Verfassung nur Vorteil haben konnten. Ihr Werk sind die liberalen Verfassungen in den Kantonen und schließlich die Bundesverfassung von 1848. Gibt es nicht heute vielleicht auch wieder breite, die Mehrheit bildende Volkschichten, die von einer wesentlichen Umgestaltung jener liberalen Verfassungen nur Vorteil hätten? Noch immer verzehrt sich heute ein Hauptteil unserer politischen Kraft in der Gegeneinanderhebung der Stimmbürger nach dem Schema: hier staatsfeindliche, hier staatszerhaltende Bürger. Als ob es letzten Endes heute noch darum ginge. Der Sozialist (Huber, St. Gallen) hat zur eidgenössischen Strafrechtsvereinheitlichung gesagt: „Gerade das einheitliche Recht ist das wichtigste Kennzeichen eines Staates,“ während der bürgerliche welsche Föderalist die Rechtsvereinheitlichung als Landesgefahr und Keim der staatlichen Zersetzung bekämpft. Am 1. Mai flaggt der mehrheitlich sozialistische zürcherische Stadtrat sein Amtsgebäude mit den Fahnen des zürcherischen und eidgenössischen Staates. Ist das nicht wie ein Gleichnis dafür, daß der Sozialismus in den Staat hineingewachsen ist? Es komme aber darauf an, wer in diesem Staate regiere. Nun es soll derjenige regieren, der es am besten kann. Und darüber steht für die Zukunft noch nichts geschrieben. Vor allem handelt es sich aber beim Regieren in Zeiten des Übergangs wie der unsrigen nicht bloß um Verwalten, sondern auch um Gestalten. Wer wird dazu Wille und Fähigkeit besitzen?

Die Aussprache über die Strafrechtsvereinheitlichung hat wieder ein paar Streiflichter auf die Einstellung der verschiedenen Volksgruppen zum Staat geworfen. Den freisinnigen Bürgersmann überkam es wie eine Erinnerung aus guter alter Zeit, als er wieder einmal ohne Hintergedanken für Stärkung und Weiterausbau des Bundesstaates eintreten durfte. Neben dem Sozialisten fand auch der Bauer, es sei wirklich an der Zeit, „etliche kantonale Grenzpfähle einer einheitlichen Ordnung für die ganze (kleine) Schweiz zu opfern“ (Wunderli im „Zürcher Bauer“). Von den Katholiken stimmten nur drei welschschweizerische gegen Eintreten. Alle übrigen dafür. Das katholische Volk ist heute viel zu eng mit unserm Staat verwachsen und auch zu sehr über alle Kantone zerstreut, als daß seine Bürger noch eine grundsätzliche Oppositionspolitik gegen den Bundesstaat treiben könnten; abgesehen davon, daß manche ärmere katholische Kantone in besonderem Maße auf Bundesunterstützungen auf verschiedenen Gebieten angewiesen sind. Man bietet auch deswegen lieber die Hand zur Mitarbeit, weil man so eher die Möglichkeit hat, die eigenen Wünsche zu einer Vorlage zur Geltung zu bringen. Die Abstimmung über die Todesstrafe zeigte die Katholiken auch unter sich selbst uneins. Von den 42 katholischen konservativen Nationalräten stimmten nur 28 dafür, die übrigen dagegen. Möglicherweise hat hier auch die Sorge mitgewirkt, durch Unnachgiebigkeit einer freisinnig-bäuerlich-sozialistischen Einheitsfront zu rufen.

Auch die staats- und verfassungspolitischen Umwälzungen der jüngsten Zeit (Rußland und Italien) haben gezeigt, daß in entscheidenden Augenblicken weniger die Zahl, als selbstbewußter Wille und politisch geschulte Intelligenz den Ausschlag geben. Das gilt auch für verfassungspolitische Umgestaltungen, die mehr oder weniger friedlich vor sich gehen. Natürlich gehören die politisch aktivierten Massen, die bei einer Änderung etwas zu gewinnen haben und die sich dessen bewußt sind, notwendigerweise dazu. Aber es geht nicht ohne das Gehirn. Und das hat seinen Sitz in den Köpfen einer verhältnismäßig kleinen Schicht von Leuten, die politischer Wille und Ehrgeiz befeelt und die über eine geschulte politische Intelligenz verfügen. Wächst bei uns eine solche Schicht heran? Die ständige Klage aller politischen Parteien über Mangel an Nachwuchs kann vorerst weder als Anzeichen dafür noch dagegen angesehen werden. Daß das junge Geschlecht kein großes Verlangen hat, seine Kraft in den Dienst des jetzigen Parteigetriebes zu stellen, wo so viel leeres Stroh gedroschen wird, muß z. T. als verständlich erscheinen. Andererseits kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß in den Kreisen der jüngeren Intelligenz, einschließlich der sog. Literaten, jener Geist

noch wenig Einker gehalten habe, der die Einzelpersonlichkeit nicht mehr als etwas Losgelöstes und als Eigenwert erkennt, sondern als etwas in eine Gemeinschaft Hineingestelltes, das seinen Wert erst durch seine Stellung in dieser erhält. In Form und Inhalt unseres Geistes sind wir nur Teiläußerung einer Geistesgemeinschaft. Das leugnen zu wollen, hieße sich vereinzeln, sich selbst entwurzeln. Keiner ist etwas außer durch sein Volk, keiner wird etwas, als durch den Dienst an seinem Volk. Nach einem Zeitalter schrankenlosesten Individualismus dieses Bewußtsein wieder zu gewinnen, ist der einzige Weg, auf dem wir Angehörige der Bildungsschicht uns wieder zur Politik, zur Arbeit für die Volksgemeinschaft zurückfinden. Aus andern Gründen Politik treiben, wäre für uns nur eine Jagd nach Sesseln oder Wichtigtuerei.

Zürich, den 6. Mai 1928.

Hans Dehler.

Zur politischen Lage.

Wahltag in Paris. — Das Ergebnis der französischen Kammerwahlen. — Die Quittung im Elsaß.

Am Abend des zweiten französischen Wahlsonntages war in Paris recht wenig davon zu merken, daß eben für vier Jahre die Entscheidung über die Zusammensetzung der Kammer und damit im Grunde genommen über die französische Politik gefallen war. Das Leben auf den Boulevards nahm seinen gewohnten Gang. Nur wenn man von den hellerleuchteten breiten Straßenzügen in die engen, dunklen Seitengassen abbog, konnte man hier und da auf lange Reihen abgeseffener Kavallerie oder andere bereitgehaltene Polizeistreitkräfte stoßen, die hier geduldig Stunden und Stunden lang warteten. Die Behörden hatten sich also vorgeesehen. Sie kamen aber nirgends in den Fall, die Streitkräfte einzusetzen. Dafür war die Erregung der Menge nicht stark genug.

Man hatte überhaupt den Eindruck, daß der Pariser den Wahlen ziemlich gleichmütig gegenüberstand. Während der Abstimmungszeit war auf den Straßen kein besonderes Leben zu merken. Da hat Zürich für seine Stadtratwahlen einen ganz andern Betrieb fertig gebracht. Selbst im Plakatieren, der einzigen öffentlichen Wahlstätigkeit, kamen einem die Pariser Leistungen recht armselig vor. An einzelnen Straßenecken waren von der Stadt hölzerne Wände aufgestellt worden, auf denen die jedesmal mit der Unterschrift eines Kandidaten versehenen roten, blauen, grünen Zettel klebten. Es war aber da außer einer sehr schwülstigen Rhetorik und einer Menge allerpersönlichster Anwürfe nicht viel zu bemerken. Wenig Wiß, wenig Sachlichkeit, dafür aber umso mehr Spekulationen auf die einfachsten Interessen der Stimmbürger. Mit der Höhe der Steuern, mit einzelnen offenbar sehr unbeliebten Sonderabgaben, mit den Interessen der Wirte, der Ladeninhaber, der Angestellten u. s. w. wurde da gefochten. Die bürgerlichen Gruppen balgten sich um die mehr oder weniger nahe Zugehörigkeit zu Poincaré, die offenbar nach ihrer Ansicht beim Wähler viel gelten mußte. So beherrschten die innerpolitischen Fragen das Feld, vor allem aber Finanz- und Steuerfragen. Die Wirkung des Währungsverfalls muß in Frankreich ungeheuer gewesen sein, sodaß man diese Gefahr noch heute als Hauptschlagwort für die Wahlen benutzen kann. Demgegenüber traten außenpolitische Fragen stark zurück. Von Links her arbeitete man mit der Parole gegen den Krieg, für die Locarnopolitik! Von Rechts dagegen wurde eine nationale Politik verlangt. Auch die Rücksicht auf die bevorstehenden deutschen Wahlen spielte hinein. Da erklärte ein nationaler Kandidat folgendes: Zur Zeit des frühern Nationalblocks wurde in Deutschland Ebert Präsident, zur Zeit des Kartells dagegen Hindenburg, also muß der Nationalblock wieder ans Ruder! Auf dieser überwältigenden Höhe hielt sich fast die gesamte Wahlliteratur. Zwei Dinge aber stachen daraus hervor, die Volkstümmlichkeit Poincarés und die großen Mittel und heftigen Anstrengungen der Rechtskreise, des Nationalblocks.

Für die gleichgültige Haltung der breiten Massen lieferte auch die Aufnahme der von allen großen Zeitungen den ganzen Abend hindurch und bis spät in die Nacht hinein mitgeteilten Ergebnisse einen Beweis. Vor den Häusern der bekannten Boulevardblätter sammelten sich keine großen Haufen von Neugierigen. Bloß vor dem zu äußerst Rechts stehenden „Echo de Paris“ standen einige Tausend Anhänger des Nationalblocks. Das „Echo“ hatte von allen großen Blättern den Kampf am leidenschaftlichsten geführt. Es hatte überall den nationalen Block gegen die Linksparteien zu bilden gesucht. Von seinen Redakteuren hatte sich besonders de Kerillis, der Fliegerheld von Karlsruhe, während der Wahlen sehr eingesetzt. Hier sammelten sich denn auch die Scharen der nationalen Jugend und die eifrigen Anhänger des Nationalblocks, um das Ergebnis ihrer Bemühungen zu erfahren. Mit Genugtuung, mit lang anhaltendem Beifall wurden die meistens günstigen Berichte aus den Pariser Wahlkreisen aufgenommen. Stürmischen Beifall erzielten die Siege der Bürgerlichen in von bekannten Kommunisten unkämpften Wahlbezirken. Mit Pfeifen und Zischen wurde dagegen der Sieg Cachins aufgenommen. Aber auch Painlevé und andere Linkspolitiker aus dem bürgerlichen Lager fanden keine Gnade. Die Niederlage Blums einem Kommunisten gegenüber wurde wohl gegönnt. Wahre Stürme des Unwillens erregten dagegen wiederum die kurz nacheinander eintreffenden Nachrichten von der Wahl der Autonomisten im Elsaß. Und die Bemerkungen, die man dazu aus der Menge hörte, ließen erkennen, daß die Pariser Presse mit großem Erfolge eine völlig unsinnige Vorstellung von den Verhältnissen im Elsaß großgezogen hatte.

* * *

Das Gesamtergebnis der Neubestellung der französischen Kammer hat ungefähr den Erwartungen entsprochen. Sowohl die Abnutzung des Kartells der Sozialisten und Linksbürgerlichen als bisherige Mehrheitsparteien als auch das neue Wahlverfahren haben ihre Wirkung getan. Die erstere Tatsache zusammen mit der starken Zersplitterung der Linksparteien hat die Sozialisten und besonders die Radikalen eine Anzahl von Sitzen gekostet. Die Einwahlkreise und ganz besonders deren gute Zurechtstufung durch das Kartell haben diese Niederlage in erträglichen Grenzen gehalten. Den Gewinn hat die Rechte davongetragen, die im Wahlkampf verhältnismäßig geschlossen auftrat. Ihre Mandatzahl hat sich wesentlich erhöht. Man kann also von einem Ruck nach Rechts sprechen.

Immerhin ist die Lage nicht völlig geklärt. Das französische Parteiwesen ist derart zersplittert und derart im Flusse, ohne scharfe Gruppen und bestimmte Programme, daß sich im Parlamente noch manche Überraschung ergeben kann. Je nach den Umständen können sich ganz neue Gruppierungen herausbilden.

Dazu ist die Verschiebung nicht so stark gewesen, daß klare Verhältnisse geschaffen worden wären. Noch halten die scharf rechts und scharf links gerichteten Gruppen einander die Wage. Die Entscheidung liegt bei der ziemlich breiten Mitte, einem bunten Durcheinander von Gruppen und Grüppchen, deren Anschluß nach Rechts oder Links von Fall zu Fall schwankt und schwanken wird.

Herr der Lage bleibt einstweilen Poincaré. Er hat den Wahlkampf beherrscht. Ihm ist am Wahltag von der Masse der Wähler das Vertrauen ausgesprochen worden. Er wird die französische Politik der nächsten Zeit machen. Die Wahlen haben ihm darin größere Bewegungsfreiheit verschafft. Das Linkskartell ist nicht mehr in der Lage, durch seine Mehrheit gefährlich zu werden. Die Rechte aber ist noch nicht so stark, daß sie die Regierung ihrerseits allein beherrschen könnte. Gerade deswegen aber wird Poincaré einstweilen wohl weder an der Zusammensetzung seines Kabinetts noch am Kurs in der Innen- und Außenpolitik viel ändern. Es bleibt also vorläufig im großen Ganzen beim Alten.

Interessant wird es sein, die nunmehrige Haltung Poincarés Deutschland gegenüber zu beobachten. Wird er die Politik Briands auch fortsetzen, wo er jetzt freiere Hand hat? Wird er sie auch nach den deutschen Wahlen fortsetzen? Auch hier wird es wohl nicht große Änderungen geben. Denn die

internationale Lage ist nicht derart, daß sie Frankreich auch unter Poincarés Führung große Sprünge gestattet. Alle Staaten sind bis zu einem gewissen Grade festgelegt.

Von den Einzelergebnissen der Kammerwahlen ist das Abschneiden der Kommunisten wohl eines der wesentlichsten. Die Regierung hat gegen sie seit langem mobil gemacht. Ein erheblicher Teil ihrer Führer sitzt hinter Schloß und Riegel. Die nationalistische Presse hat den Kampf gegen sie in schärfster Weise geführt. Und die französische Presse hat auch mit Frohlocken den Verlust der Hälfte der kommunistischen Mandate festgestellt. Im Grunde aber ist kein Grund zur Freude vorhanden. Die Kommunisten sind zwar nicht stark angewachsen, sie haben aber ihre Stimmzahl doch vermehren können. Der Mandatverlust ist nur dem jetzigen Wahlrecht und nebenbei auch der von Moskau vorgeschriebenen Wahltaktik zu verdanken. Er zeigt schlagend, wie wenig gerade bei diesen Wahlen die Stimme des Wählers zur Geltung gekommen ist. Die Sozialisten und die Kommunisten stehen in der erreichten Stimmzahl gar nicht weit auseinander. Die Sozialisten aber besitzen gerade siebenmal so viel Mandate wie die Kommunisten!

* * *

Einen weit nachhaltigeren Eindruck aber als das Gesamtergebnis der französischen Kammerwahlen hat in der ganzen Welt der Wahlausgang in Elsaß-Lothringen gemacht. Er bedeutet die schlimmste Bloßstellung und den ernstesten Rückschlag, den die Politik Poincarés seit langem erlebt hat. Der Ministerpräsident hat ja selbst alles getan, um die Aufmerksamkeit der Welt darauf zu lenken. Schon die behördlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Autonomisten, die massenhaften Hausdurchsuchungen, die Verhaftungen, die Zeitungsverbote hatten Aufsehen erregt. Nicht zufrieden damit hat sich dann Poincaré selbst nach Straßburg zu einer groß aufgemachten, hochoffiziellen Versammlung begeben und hat dort die Vernichtung der bösen Autonomisten durch die bevorstehenden Wahlen angekündigt. In aller Form hat er diese schlechten Franzosen in Acht und Bann getan.

Die erste Quittung darauf gaben die Stadtratswahlen in Hagenau. Hier war auf Betreiben der das Ohr der Regierung völlig besitzenden wütenden französischen Nationalisten der „national unzuverlässige“ Stadtrat aufgelöst worden. Der Erfolg war, daß die schlechten Franzosen einen völlig Sieg errangen. In Paris war die Verlegenheit groß. Schließlich erklärte man auch die Sieger für gute Patrioten!

Die beiden Wahltage für die Kammererneuerung haben jetzt der französischen Gewaltpolitik die zweite Quittung gegeben. Und doch hatte man ja alles getan, um die Autonomisten mundtot zu machen. Seit beinahe einem halben Jahr ist ihre gesamte Presse verboten. Seit 3—4 Monaten sitzen alle namhaften Wortführer der Autonomisten im Gefängnis. Der Regierungschef selbst und Ketzer des französischen Frankreichs hat jede Stimme für die Autonomisten als Stimme gegen Frankreich bezeichnet. Die französische Presse in und außerhalb des Elsasses hat seit Wochen die Stimmabgabe gegen die Autonomisten als patriotische Pflicht verkündet. Der gesamte Verwaltungsapparat war seit Wochen in fieberhafter Tätigkeit und er hat bekanntlich in Frankreich viele und wirksame Mittel zu seiner Verfügung. Mehr hätte man auf keinen Fall leisten können.

Dieser ganzen Mache gegenüber hat das Volk in Elsaß-Lothringen gezeigt, wie es denkt. Seine Antwort ist so unzweideutig ausgefallen, daß diesmal auch in Paris die Lust zur Verschleierung und zur Umschälung vergangen ist. In Straßburg und in Paris sind die französischen Nationalisten wie vor den Kopf geschlagen. Sie können sich das Ergebnis nicht anders erklären als dadurch, daß die Bevölkerung verrückt geworden sei. So äußert sich das „Journal de l'Est“. Gerade eine große Selbsterkenntnis steht hinter solchen Aussprüchen nicht und große Hoffnungen für die Zukunft lassen sie auch nicht zu. Es kommt den Leuten gar nicht in den Sinn, den Fehler bei sich selber,

d. h. in der auf ihr Anraten seit 1918 betriebenen französischen Politik mit ihrer rücksichtslosen Verwelschung zu suchen.

Sehen wir uns nun die Ergebnisse im Einzelnen an! Es gab im Oberelsaß zwei ausgesprochen autonomistische Kandidaturen, die ohne jede Unterstützung durch eine bestehende politische Partei aufgestellt worden waren, die der beiden Katholiken Ricklin und Kossé. Beide sind gewählt worden, gegen die katholische Partei, ja gegen alle bestehenden Parteien. Im Unterelsaß waren vier ernsthafteste autonomistische Kandidaturen aufgestellt worden, zwei katholische in Weißenburg und Hagenau, eine liberale in Zabern und schließlich die des Herausgebers der „Zukunft“ in Straßburg. Von ihnen ist Camille Dahlet als Vertreter der Liberalen in Zabern gewählt worden. René Hauß, der Sohn des bekannten frühern Zentrumsführers, kam in Hagenau dem offiziellen Führer der katholischen Partei sehr nahe. Er wäre sicher im zweiten Wahlgange gewählt worden, wenn er nicht aus irgend einem Grunde verzichtet hätte. So konnte der wetterwendische Katholikenführer Walter wieder in die Kammer einziehen. In Straßburg und Weißenburg erzielten die autonomistischen Kandidaten wenigstens einen Achtungserfolg. In Lothringen waren drei heimatrechtliche Wahlbewerber aufgetreten, durchweg Katholiken und durchweg entgegen den offiziellen Parteikandidaturen. Einer von ihnen wurde gewählt, die beiden andern erreichten ebenfalls ansehnliche Stimmenzahlen.

Die zweite Gruppe der öffentlich für die Autonomie eintretenden Kandidaten stellte die kommunistische Partei. Sie hat ohne Zweifel gerade deswegen in Elsaß-Lothringen sehr günstig abgeschnitten. Ihre Stimmenzahl ist durchweg stark gestiegen, am meisten da, wo keine autonomistischen Bewerber auftraten. So sind statt einem nun drei Kommunisten gewählt worden, in Straßburg einer und in Lothringen zwei. Daneben hat freilich der bisherige kommunistische Abgeordnete Huber in Straßburg-Land nicht durchdringen können.

Während so die offenen Autonomisten überall den Hauptgewinn aus der im Volke herrschenden Stimmung davontrugen, zog auch die katholische Partei mit ihren mehr oder weniger offen dem Autonomismus zuneigenden Vertretern einen Vorteil daraus. Man findet als Führer der Katholiken alle Schattierungen von dem erklärten Freund des Autonomismus Broglh bis zu dessen erbitterten Gegnern. Der Wahltag hat deutlich gezeigt, daß die Zustimmung der Wählermassen bei den ersteren liegt. So ziehen denn auch unter den katholischen Parlamentariern aus dem Elsaß und aus Lothringen eine Reihe von Anhängern der Heimatrechte nach Paris.

Fast noch bezeichnender als die Liste der Gewinner im Wahlkampf ist diejenige der Verlierer. Unter ihnen ragt einmal hervor die sozialistische Partei, die in deutscher Zeit zwar die Vorkämpferin der Autonomie war, jetzt aber den französischen Zentralismus mit blindem Eifer vertritt. Sie hat dafür die Quittung erhalten. Ihre Stimmenzahl hat in allen Wahlkreisen einen Rückgang erlebt, der vielfach bis zur Hälfte, ja darüber hinaus geht. Schlimm zerzaust sind auch die bürgerlichen Gruppen der Radikalen und Demokraten aus dem Kampf gekommen. Von ihnen ist stellenweise nur ein schäbiger Rest übrig geblieben. Von den nationalen Kandidaturen, die französisch ohne Vorbehalte waren, haben die meisten nicht einmal einen Achtungserfolg fertig gebracht.

Die Vertretung Elsaß-Lothringens in der französischen Kammer war bisher unbedingt zur Verfügung Poincarés und der französischen Regierungspolitik. Nur schüchtern wurden die Forderungen des Landes vertreten. Damit wird es jetzt ein Ende haben: drei Kommunisten, drei Autonomisten und dazu noch verschiedene autonomistische Katholiken nehmen jetzt die Sitze von ebenso vielen guten französischen Nationalisten ein.

Wird sich Frankreich daraus eine Lehre nehmen? Wird es den zentralistischen Verwelschkurs aufgeben? Wird es von seiner Polizei- und Gewaltherrschaft nun ablassen? Darauf hat in seinen letzten Sonntagsreden Poincaré bereits die Antwort gegeben: Die Elsässer und Lothringer sollen in erster Linie französisch lernen und sich völlig an Frankreich anfügen! Das heißt also, daß die bisherige Richtung beibehalten werden soll. Ob dabei die Gewalt weiter

herrschen soll, darüber wird der Ausgang des großen Colmarer Autonomistenprozesses bald Auskunft geben. Aber eines wird man sich dabei in Frankreich sagen müssen: Die französische Politik in Elsaß-Lothringen wird bei dieser Entscheidung die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich gerichtet sehen.

Marau, den 7. Mai 1928.

Sektor Ammann.

Kultur- und Zeitfragen

Von deutschem Städtebau.

Städte stellen die durch Lebensnotwendigkeit bedingten Beziehungen der Menschen dar. Die Gemeinsamkeit der Niederlassung erfordert Unterordnung des Einzelnen unter eine schützende und ordnende Macht, die die Interessen zusammenfaßt. Diese schafft sich in Burg, Rathaus und schließlich in höherem Sinne in der Kirche ihren baulichen Ausdruck. Das emporsteigende Bürgertum überantwortet die Macht einer Mehrheit führender Persönlichkeiten, deren Selbstgefühl sich im großsinnigen Wohnbau behauptet. So ergibt sich uns aus abstrakter Perspektive Wuchs und Wesen des Städtebaus. Steigen wir nieder ins vollklich Begrenzte und Bestimmte des Gestaltens, so weisen die Fäden hinaus über das bloß Städtebauliche, lassen uns aus dem Formcharakter einer Landschaft, dem Strophenbau eines Liedes, dem Kompositionsgesetz eines graphischen Blattes Einblick nehmen in die vollkliche Eigenart.

Ein Wandern durch alte deutsche, etwa mitteldeutsche Städte reiht uns mächtig hinein in ein erstaunlich Besonderes, Intim-Menschliches, das an uns heranrückt und Seelenklänge ins Schwingen bringt. Was ist es, das uns so anfällt? Es liegt darin, daß alle Saiten zum Klingen kommen, daß jeder Bau, seinem Vermögen gemäß, sein Sondertum verkündet und diese individuellen Laute sich dennoch zu wohlgebundener Melodie zusammenschließen. Anlage und Ausbau der Straßenzüge sind durchaus eigenwillig, unlogisch, als wären ihnen innerhalb der Umfriedung die tollsten Sprünge erlaubt. In Braunschweig, in Hildesheim eilen sie in einem Satz voran, holen Atem auf einem ruhigen Platz, schnellen lakzenbudlerisch auf, biegen spitzwinklig um und gelangen schließlich an den Wall, wo sie in schweigendem Kreis die Stadt umlaufen. Oder sie wenden in Nürnberg und Bamberg sich flink ins Innere, hüpfen über eine Brücke, die den Fluß überspannt und jubeln in eine Anhöhe empor. Fachwerkbau mit vortragendem Obergeschoß und hoch aufschießendem Dach gibt Nürnberg und Rothenburg, Hildesheim und Braunschweig die bestimmende Note. Das spielt sich da aus von sachlichster bis zu abwegigster Gestaltung, sowohl im Aufbau wie Ausbau. Die etwas schematischen, mehr allgemeingültigen Formen der Renaissance wurden im deutschen Kulturkreis nirgends recht heimisch, die freischöpferischen Impulse des Barock waren dem Ausdrucksbedürfnis eines individuell veranlagten Volkes besser verschwifert. Abseits und traumverloren spiegelt sich in Bamberg der vornehme Palast der „Concordia“ in den stillen Gewässern der Regnitz, das Rathaus aber setzt sich ausgesucht auf der Brücke fest, welche die Verbindung wichtiger Stadtteile bildet. In kraftvoller Ausformung sendet es hüben und drüben dem Kommenden einen Balkon entgegen und winkt zum Durchgang, den es wie ein Torbogen freundlich gewährt. Das Eigentümliche baulichen Ausdrucks macht sich überall geltend, wo deutsches Fühlen sich ausspricht. Auch in unserm Lande finden wir es abgewandelt, zu nimmersatter Aufstürmung sich kaprizierend wie am Kindermarkt der Zürcher Altstadt, schwerfällig und zögernder in Bern, am bewegtesten daselbst vielleicht in der Nydeckpartie.

Hinausstrebend über den engen Kreis der Einzelhaftigkeit sucht der Bürger gewerblichen und menschlichen Zusammenhang und bildet innerhalb des Gemeindeganzen auf Nuß und Frommen bedachte Zünfte. Die Gewerkschaft er-